



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 28. 5. 2017

Inhalt

Politik ist jetzt in der Verantwortung.....	1
Medienmitteilung des Abstimmungskomitees für die Volksinitiative «Mehr Qualität - eine Fremdsprache an der Primarschule».....	1
Medienmitteilung der Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich.....	2
Umstrittener Schulleiter tritt ab.....	2
Schule hält fest an kritisiertem Modell.....	3
Leserbriefe an den Zürcher Unterländer.....	4
Störenfriede raus.....	5
„Ich werde keinem Kind mehr gerecht“.....	8
Mehr attraktive Geschichtsstunden.....	11
Sparen bei der Bildung: ein Muss.....	12

Politik ist jetzt in der Verantwortung

Medienmitteilung des Abstimmungskomitees für die Volksinitiative «Mehr Qualität - eine Fremdsprache an der Primarschule»

Zürich, 21. Mai 2017

Das Initiativkomitee bedauert das Nein zur Zürcher Fremdspracheninitiative. Es sieht nun die Politik in der Verantwortung, den Sprachenunterricht in der Volksschule zu verbessern. Dazu gehört eine Evaluation, welche die Bildungsdirektion seit Jahren aus unerfindlichen Gründen verweigert.

„Unsere fachlich begründeten Argumente wurden leider zu wenig gehört“, sagt Kurt Willi vom Initiativkomitee rund um den Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV, die Zürcher Kantonale Mittelstufe ZKM, die Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich SekZH und die Arbeitsgemeinschaft Schule mit Zukunft. Selbst die miserablen Ergebnisse der Evaluation des Innerschweizer Sprachenkonzepts konnten die Stimmberechtigten nicht überzeugen. Das Innerschweizer Konzept ist mit der Zürcher Lösung vergleichbar.

Es gilt jetzt jedoch zu akzeptieren, dass eine Mehrheit weiterhin zwei Fremdsprachen an der Primarschule wünscht. Umso vehementer fordert das Initiativkomitee von den politischen Gremien nun Massnahmen zur operativen Verbesserung des Sprachenkonzepts im Kanton Zürich. Was es jetzt endlich braucht, ist eine detaillierte Evaluation

des Fremdsprachenunterrichts im Kanton Zürich. Die Lehrpersonenverbände fordern eine solche Abklärung bereits seit sieben Jahren. Bisher verweigerte sich die Bildungsdirektion aus unerfindlichen Gründen.

Als Sofortmassnahme fordert das Initiativkomitee die Politik auf, den Fremdsprachenunterricht mit mehr Halbklassenunterricht zu verbessern. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel wären gut eingesetzt und würden die Qualität des Sprachunterrichts stark verbessern.

Für Rückfragen:

Kurt Willi, Präsident des Abstimmungskomitees, 076 310 62 00; kurt.willi@zlv.ch

Lilo Lätzsch, Präsidentin ZLV, 079 409 44 32; lilo.laetzsch@zlv.ch

Harry Huwiler, Präsident ZKM, 076 338 31 31; harry.huwyler@zkm.ch

Daniel Kachel, Präsident SekZH, 076 382 47 55; dkachel@sekzh.ch

Medienmitteilung der Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich

Illnau, 21. Mai 2017

Die Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich (SekZH) bedauern das Nein zur Zürcher Fremdspracheninitiative. Klar ist, dass der Sprachenunterricht in der Volksschule zu verbessern ist. Dazu ist eine Evaluation notwendig und voreilige Hektik zu vermeiden.

Die Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich (SekZH) haben sich seit über zwei Jahren im Initiativkomitee für bessere Bedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler im Sprachunterricht eingesetzt. Offensichtlich haben die pädagogischen Argumente der Fachleute zu wenig überzeugt.

Für die SekZH gilt es zu akzeptieren, dass eine Mehrheit weiterhin zwei Fremdsprachen an der Primarschule wünscht. Das bisherige Fremdsprachenkonzept an der Volksschule muss trotzdem genau analysiert und neu ausgerichtet werden.

Die SekZH fordern die Politik auf, dass die notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, damit ein erfolgreicher Sprachunterricht stattfindet. Die produktiven Sprachkompetenzen, vor allem das Sprechen, müssen einen höheren Stellenwert erhalten, da von ihnen das sprachliche Selbstbewusstsein und die Bereitschaft abhängen, sich in einer Fremdsprache zu äussern. Die zweite Landessprache muss gefördert werden, indem neue Möglichkeiten des kulturellen Austausches zwischen den Sprachregionen und der Motivation eingesetzt werden. Für sprachlich schwache Schülerinnen und Schüler sind neue Formen der Entlastung zu ermöglichen: Kleinere Lerngruppen, reduzierte Lernziele, Notenbefreiung bis hin zur Abwahl einer Fremdsprache.

Kontakt: Dani Kachel (Präsident) Mail: dkachel@sekzh.ch, Mobile: 076 382 47 55

Umstrittener Schulleiter tritt ab

Zürcher Unterländer, 18.05.2017

NIEDERHASLI - Gregory Turkawka verlässt die Sek Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten. Der Gesamtschulleiter war eine der treibenden Kräfte hinter dem umstrittenen Schulmodell des selbst organisierten Lernens, welches innerhalb der Schulgemeinde praktiziert wird.

In Niederhasli und Niederglatt wird ein neuer Schulleiter gesucht. Gregory Turkawka hat

die Elternschaft in einem Schreiben darüber informiert, dass er seine Stelle als Gesamtschulleiter aufgeben wird. In dem Brief kündigt er seinen Weggang auf Ende des laufenden Schuljahres an. Er nehme eine neue Herausforderung an der Pädagogischen Hochschule an. In der Fortsetzung des Schreibens erklärt Philippe Chappuis, Präsident der Schulpflege, sie hätten mit grossem Bedauern von Turkawkas Kündigung erfahren. In Niederhasli und Niederglatt wird ein neuer Schulleiter gesucht. Gregory Turkawka hat die Elternschaft in einem Schreiben darüber informiert, dass er seine Stelle als Gesamtschulleiter aufgeben wird. In dem Brief kündigt er seinen Weggang auf Ende des Schuljahres an. «Sie kam für uns völlig überraschend», sagt Chappuis. Gregory Turkawka stand zuweilen in der Kritik, weil er an der Schule das umstritten Modell des selbst organisierten Lernens einführte. Für die in der IG Schule Niniho vereinten Kritiker steht die Kündigung denn auch im Zusammenhang mit der neu in die Schulpflege gewählten Anita Lommatzsch, die ebenfalls der IG angehört.

bag

Schule hält fest an kritisiertem Modell

Zürcher Unterländer, 18.05.2017

NINIHO - Insgesamt zehn Jahre war Gregory Turkawka an der Sekundarschule Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten tätig, davon die letzten drei Jahre als Schulleiter. Er setzte das selbstorganisierte Lernen um, das immer wieder zu Protesten von Eltern führte.

Das Zitat von Franz Kafka «Wege entstehen dadurch, dass man sie geht» steht über dem Brief, den Gregory Turkawka, Schulleiter der Sekundarschule Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten Ende April den Eltern zukommen liess. Darin erklärt er, er wechsele im Sommer «um viele Erfahrungen reicher» an die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZ).

«Damit nehme ich eine Chance wahr, die mir die PHZ geboten hat, um mich persönlich weiterzuentwickeln.» Auch Schulpflegepräsident Philippe Chappuis äussert sich im gleichen Brief mit den Worten: «Mit Gregory Turkawka verlässt uns eine engagierte Person, welche unsere Schule mit einem enormen Einsatz geprägt und professionell mitentwickelt hat. Es ist ihm gelungen, einen Ort zu schaffen, an dem Mitarbeitende und Lernende sich wohlfühlen, sich einbringen und Verantwortung übernehmen.»

«Untaugliche Lernmethode»

Das 2015 unter Turkawka an der Schule eingeführte System des selbst organisierten Lernens (SOL) hatte allerdings immer wieder für Wirbel gesorgt. Die Interessengemeinschaft (IG) Schule Niniho, der zahlreiche unzufriedene Eltern angehören, hatte sich immer wieder mit verschiedenen Mitteln gegen diese ihrer Meinung nach für eine grosse Anzahl Schüler untaugliche Lernmethode gewehrt. Chappuis sieht jedoch keinen Grund, vom bisherigen Kurs abzuweichen. «Es war seinerzeit ein Entscheid der Schulpflege, das selbstorientierte Lernen an unserer Sekundarschule einzuführen. Wir bleiben auch nach dem Weggang des Schulleiters dabei.» Seine Kündigung kurz vor den Frühlingsferien sei absolut überraschend gekommen. «Wir werden demnächst die Führungsstrukturen überprüfen, um herauszufinden, wer für welche Aufgaben eingesetzt werden kann und wo eine Erhöhung der Stellenprozente möglich ist.» Erst wenn das alles abgeklärt sei, komme die Anstellung einer neuen Fachperson in Frage.

Kritiker fühlen sich bestätigt

Über den Zeitpunkt von Gregory Turkawkas Kündigung ist man bei der IG Schule Niniho nicht erstaunt. Nicole Fuchs setzt sich seit langem im Namen der IG dafür ein, dass die Schülerinnen und Schüler im Schulhaus Seehalde stärker kontrolliert werden. Zusammen

mit andern IG-Delegierten war sie vor rund einem halben Jahr bei der Schulpflege vorstellig geworden, um auf Missstände hinzuweisen. «Die Kinder waren viel zu oft sich selber überlassen und wurden von keiner Lehrperson betreut», sagt sie. Die Schulpflege habe dann aufgrund von vermehrten Kontrollen und Schulbesuchen bestätigt, dass gewisse Dinge nicht in Ordnung seien.

Gemäss Fuchs habe der Schulleiter in ein anderes Büro umziehen müssen, um näher bei den Unterrichtsräumen zu sein. Zudem sei ihm die Budgetkompetenz auf 5000 Franken beschränkt worden. Sie attestiert Turkawka dass er ein Macher sei und über einen quirligen Geist verfüge. «Er braucht viel Freiraum für seine Ideen – zu viel.» Seit Anita Lommatzsch, die ebenfalls der IG angehört, in die Schulpflege gewählt wurde und dort für die Finanzen zuständig ist, sei es für den Schulleiter schwieriger geworden, seine Ideen und Vorstellungen kompromisslos umzusetzen. Die IG sieht darin den Grund für die Kündigung.

Barbara Gasser

Leserbriefe an den Zürcher Unterländer

Sek Niniho als Prototyp für die Deutschschweiz

Die Sek Niniho ist der Prototyp für den Lehrplan 21. Schulpflege und Schulleiter haben das „selbstorganisierte Lernen“ gemäss dem „Grundlagen für den Lehrplan 21“ genauso umgesetzt, wie es von der D-EDK für die ganze Deutschschweiz geplant ist. Die „Grundlagen für den Lehrplan 21“ mit der „Kompetenzorientierung“ werden in der politischen Diskussion und in den Medien verschwiegen, weil schweizweit mit den gleichen katastrophalen Folgen und einem massiven Bildungsabbau gerechnet werden muss. Dazu kommen Umsetzungskosten in Milliardenhöhe.

Der „Lehrplan 21“ ist nur der Vorwand für die radikalste Systemänderung in der Geschichte unserer Volksschule: „Gewarnt sei vor einem staatlichen Umerziehungsplan, der in Form eines «modernen» Lehrplans daherkommt“. (Michael Schönenberger, NZZ). Der Hauptgrund für die sehr teure Aufrüstung der Volksschule mit Laptops usw. ist nicht das Medienfach, sondern dass mit dem Lehrplan 21 die „Kompetenzorientierung“ mit dem „selbstgesteuerten Lernen“ in die Klassenzimmer hineintransferiert wird. Damit werden Klassenunterricht und Lehrer abgeschafft. Die Schüler müssen alleine lernen und die „Lernbegleiter“ dürfen nicht in den Lernprozess eingreifen.

Peter Aebersold

«Druck auf Schulpflege und Schulleitung hat zugenommen»

Zürcher Unterländer, 20.05.2017

In seinem Brief an die Eltern vom 26. April, wo der Gesamtschulleiter der beiden EduzisSchulen der Kreisgemeinde Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten, Gregory Turkawka, seinen Rücktritt per Ende Schuljahr bekannt gibt, tönt zwar alles nach FriedeFreude-Eierkuchen, aber das ist eine reine Fassade. Darunter bröckelt es immer heftiger, denn es zeigen sich immer mehr fundamentale Mängel des radikalen Schulmodells, welches auf dem stark umstrittenen selbst organisierten Lernen (SOL) basiert.

Die Interessengemeinschaft IG Schule Niniho engagiert sich schon seit 2015 für eine Verbesserung des Systems und kritisiert laufend und mit konkreten Beispielen, was alles nicht funktioniert und zum Teil gar dem offiziellen Lehrplan zuwiderläuft. Dabei erstreckt sich die Kritik sowohl auf eklatante finanzielle Fehler, mangelnde Kommunikation sowie, als Wichtigstes, auf das pädagogische Konzept. Diesen Druck hat auch endlich die Schulpflege gespürt, welche kürzlich reagierte, indem sie ihrerseits den Druck auf die Schulleitung erhöhte und zum Beispiel deren bis anhin allzu grosse Kompetenzen und

Gestaltungsfreiheiten einschränkte.

Bekanntlich haben sogar zwei Kantonsräte letzten Herbst mit ihrer sehr kritischen Anfrage an den Regierungsrat für Wirbel gesorgt. Und nun liegen wieder Zahlen vor, wie viele Schüler die Aufnahmeprüfung an eine weiterführende Schule (Gymi, BMS usw.) bestanden haben. Das Ergebnis für die Eduzis-Schulen ist vernichtend! Da es der IG diesen Frühling gelungen ist, eine ihrer Vertreterinnen in die Schulbehörde zu wählen, wurde es für Schulleitung und Schulpflege noch ungemütlicher; denn nun ist jemand da, die nicht nur einen scharfen Blick auf die Finanzen hält, sondern der man auch in anderen Bereichen kein X für ein U vormachen kann!

Erstaunt es unter diesen Umständen noch, dass Gregory Turkawka das Handtuch wirft?

Suzanne Weigelt, Niederhasli

Störenfriede raus

NZZaS vom 21.5.2017, Hintergrund

Von Anja Burri

Die Idee, schwierige Schüler in normale Klassen zu integrieren, ist schön. Doch in vielen Schulen funktioniert sie nicht. Die anderen Kinder kommen zu kurz, die Lehrer sind überfordert. Der nächste grosse Bildungsstreit bahnt sich an.

Die Lehrerinnen nennen Tobias das «Schüttelkind»: Es vergeht keine Schulstunde, wo der Primarschüler nicht stört. Er bewegt seinen Stuhl permanent von einem Bein aufs andere. Rüttelt nervös an seinem Pult. Wenn er etwas sagen möchte, ruft er es ins Klassenzimmer. Und er steht immer wieder auf, um am Wasserhahn zu trinken. Ein anderes Kind, nennen wir es Sebastian, verzögert den Unterrichtsbeginn nach jeder Pause um mindestens zehn Minuten. Er zettelt Streit mit anderen Schülern an oder kommentiert laut die Anweisungen seines Lehrers. Mia bringt die Ordnung ihrer Klasse durcheinander, indem sie permanent lügt. Mit erfundenen Geschichten schwärzt sie andere Kinder und die Lehrerin an. Silas beisst seine Lehrerin. Thomas wirft sich regelmässig auf den Boden, wenn die Klasse im Kreis sitzt. Regt sich Andreas auf, schlägt er wild um sich. Niemand, nicht einmal seine herbeigerufene Mutter, kann ihn dann beruhigen.

Diese Fälle gibt es alle, nur die Namen wurden geändert. Die Kinder werden von Fachleuten als «verhaltensauffällig» eingestuft. Dennoch besuchen sie den normalen Unterricht in Regelklassen in Kindergärten und Primarschulen im Kanton Zürich. Werner Heiniger unterrichtet in Winterthur eine vierte Klasse. Er kennt ähnliche Situationen aus eigener Erfahrung. «Solche Kinder können den Unterricht kaputtmachen», sagt er.

Tobias, Sebastian oder Mia hätte man bis vor ein paar Jahren noch in eine Kleinklasse oder eine Sonderschule geschickt. Diese Zeiten sind vorbei. Es ist ein gesetzlicher Auftrag, Schüler mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten oder einer Behinderung wenn immer möglich in Regelklassen zu integrieren. Der Fachbegriff dafür heisst schulische Integration. Seit 2004 verpflichtet das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes die Schulen dazu; vielerorts haben die Kantone ihre Volksschulgesetze entsprechend angepasst. Im Gegenzug erhalten die Lehrer Verstärkung durch Heilpädagogen oder andere Fachpersonen.

Die Folge: Kinder, die Probleme machen, werden vermehrt abgeklärt. Erhalten sie den Status Sonderschüler, bekommen ihre Lehrer pädagogische Unterstützung. Experten

gehen davon aus, dass heute 10 bis 15 Prozent der Schüler so verhaltensauffällig sind, dass sie behandelt werden müssen. «Es ist tatsächlich so, dass immer mehr Kindern und Jugendlichen ein spezieller Förderbedarf zugesprochen wird», bestätigt Peter Lienhard, Professor an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich.

Am Rand der Belastbarkeit

Die verhaltensauffälligen Kinder sind nicht die einzigen in den Klassenzimmern, die besondere Aufmerksamkeit benötigen. Auch Kinder mit Lern- und Konzentrationsproblemen sowie fremdsprachige, kriegstraumatisierte und geistig oder körperlich behinderte Schüler sollen gemäss dem Integrationsgedanken Regelklassen besuchen. Hinzu kommt der Anspruch vieler Eltern, dass die Schule sämtliche Defizite ihrer Kinder therapieren soll. Doch laute Störenfriede beanspruchen ihre Lehrer und Heilpädagogen häufig so stark, dass sich diese kaum mehr um Schüler mit anderen Schwächen kümmern können – und schon gar nicht um jene Kinder, denen keine besonderen Bedürfnisse zugeschrieben werden. Am Ende kommen alle zu kurz. Das gilt ganz besonders für Quartiere, in denen viele Migranten und sozial benachteiligte Familien leben und überdurchschnittlich viele Kinder Hilfe beim Lernen benötigen. Dort geraten die Lehrer und Lehrerinnen an den Rand ihrer Belastbarkeit.

In Werner Heinigers vierter Klasse in Winterthur ist das Lerntempo für sechs Kinder zu hoch. Eine Heilpädagogin kommt jede Woche für vier Lektionen und arbeitet mit diesen Schülern. «Das reicht nirgendwo hin», sagt Heiniger. Die meisten dieser Kinder seien nämlich in mehreren Fächern überfordert. Er müsse sich dauernd entscheiden, welche Kinder er vernachlässige. Er wünsche sich Kleinklassen, die früheren Sonderklassen, zurück.

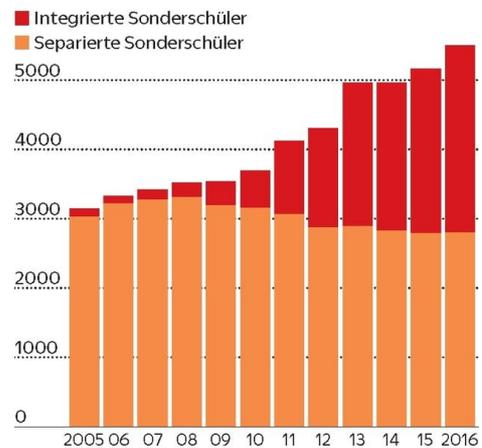
Marion Heidelberger ist Vizepräsidentin des Verbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer. Aussagen wie die des Winterthurer Lehrers Heiniger hört sie oft. Im Moment beherrsche noch der Streit um den Fremdsprachenunterricht und den Lehrplan 21 die Schlagzeilen, doch Heidelberger sagt: «Die Integration wird das nächste bildungspolitische Erdbeben auslösen.» Sie war jahrelang Lehrerin für integrative Förderung und ist eine Verfechterin der Integrationsidee. Doch so, wie die Integration in vielen Schulgemeinden umgesetzt werde, könne sie nicht funktionieren. Insbesondere die Integration von Sonderschülern sei aufwendig. Es fehlten gute Konzepte, und oft stünden die Ressourcen dafür nicht zur Verfügung, im Gegenteil: Bei der Bildung werde gespart. «Das bedeutet grössere Klassen und immer mehr schwierige Schüler, die integriert werden müssen.» Statt Heilpädagogen engagierten die Schulen in gewissen Kantonen zudem Klassenassistenten ohne spezifische Ausbildung.

Aufstand der Lehrer

In verschiedenen Kantonen haben die Lehrer begonnen, sich zu organisieren. «Wir haben genug!», schrieben Annemarie Müllener und ihre Kolleginnen aus der Berner Agglomerationsgemeinde Ostermundigen vor einigen Wochen an Bernhard Pulver, den kantonalen Bildungsdirektor. Die Mehrheit der Kinder leide, da auffällige Schüler zu viel Aufmerksamkeit in Anspruch nähmen. 10 bis 15 Prozent der Schulabgänger beendeten ihre Schulzeit mit einem Misserfolg und fänden oft nur mit zusätzlicher Betreuung einen Platz in der Gesellschaft. «Zu viele Lehrpersonen werden krank oder geben ihren

Tendenz steigend

Zahl der Sonderschüler im Kanton Zürich



Quelle: Volksschulamt Kanton Zürich

Traum Beruf frustriert auf.» 806 Lehrer unterschrieben den Brief. Sie fordern eine Erhöhung des sogenannten Betreuungsfaktors: Vom Kindergarten bis und mit der zweiten Klasse brauche es so viele Mittel, dass in Klassen mit schwierigen und lernschwachen Kindern zwei Lehrer unterrichten könnten. Derzeit finden Gespräche mit Regierungsrat Pulver und seinen Mitarbeitern statt. Ob die teuren Wünsche der Lehrer in Erfüllung gehen, ist fraglich. Der Kanton Bern muss sparen. Nach den Sommerferien wird das nächste Sparpaket erwartet. Angesichts solcher Verhältnisse ist es kühn, auf Zusatzausgaben in Millionenhöhe zu hoffen.

Auch in anderen Kantonen wehren sich die Lehrer. Der Verband der Zürcher Mittelstufen-Lehrer traf sich gestern zu einer Klausur. «Für schwierige Fälle wünschen wir uns wieder vermehrt Kleinklassen», sagt Verbandspräsident Harry Huwyler. Zwischen dem gesamten Zürcher Lehrerverband und der kantonalen Bildungsdirektion finden derzeit Gespräche statt, um Lösungen zu finden. In Solothurn oder Graubünden haben die Berufsverbände Umfragen und Forderungskataloge veröffentlicht. Im Grundsatz zweifeln die Lehrer die Idee nicht an, auch schwache oder behinderte Kinder in die Regelklassen zu integrieren. Doch die Art und Weise, wie das geschehe, müsse dringend verbessert werden. In Solothurn will die Regierung mit Vorschlägen reagieren. Es zeichnet sich ab, dass man schwierige Kinder für bestimmte Stunden aus der Klasse nehmen will: Das System der Integration soll nicht abgeschafft, aber doch abgeschwächt werden.

Wie immer, wenn es in den Schulen brodelt, schaltet sich die Politik ein. Nicht nur die reformkritische SVP, auch FDP, BDP oder Grüne versuchen, Einfluss zu nehmen. In mehreren Kantonen fordern die Politiker, dass bei der Integration teilweise zurückbuchstabiert wird. In Basel-Stadt zwingt das Parlament die Regierung, Einführungsklassen, in denen die erste Klasse während zwei Jahren absolviert wird, zu prüfen. Im Aargau muss die Regierung evaluieren, wie schwierige Schüler vorübergehend separat unterrichtet werden könnten. In Zürich verlangt das Parlament eine Überprüfung des integrativen Systems. In Graubünden hat der Grosse Rat beschlossen, Kleinklassen wieder zu ermöglichen. Dieser Streit könnte vor Gericht enden. Die Behindertenorganisation Procap Grischun hat angekündigt, das Recht beeinträchtigter Kinder auf Integration notfalls einzuklagen.

Im Widerspruch zur Wissenschaft

Die Kritik der Lehrerschaft steht im Widerspruch zu den Befunden der Wissenschaft. Forscher geben der Integration viel bessere Noten. «Die bisherigen Befunde weisen alle in eine Richtung: Für Schüler mit Lernschwierigkeiten bringt die integrierte Schulung in einer Regelklasse Vorteile», schreiben die Experten der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in einer Übersicht. Und Schüler ohne besondere Defizite würden in einer integrativen Klasse keineswegs gebremst. In einer Studie aus Bern wurden die Bildungskarrieren von 450 Schülern bis ins Berufsleben analysiert. Dabei zeigte sich, dass Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen, die eine Regelklasse besuchten, signifikant höhere Chancen haben, im Berufsleben Fuss zu fassen, als ehemalige «Kleinklässler».

Wie kommt es, dass die Wahrnehmung der Lehrer und der Forscher derart auseinandergeht? HfH-Professor Peter Lienhard sieht die Probleme im Schulalltag: «Wenn ich die politischen Gegebenheiten anschau, dann bin ich teilweise ernüchtert: Vielerorts integrieren Schulen engagiert und erfolgreich. Aber: Eine angemessene Förderung dieser Kinder und Jugendlichen in der Regelschule kostet Geld und braucht Fachwissen. Werden die Bedingungen verschlechtert, zermüht das die Lehrpersonen und senkt die Förderqualität.»

In diesem Punkt sind sich Wissenschaft und Lehrer also einig: Die Integration ist eine

hehre Idee, doch sie wird infrage gestellt durch die Probleme, die sich nun im Schulalltag zeigen. Silvia Pool Maag verfolgt die Debatte deshalb beunruhigt. Als Professorin für Inklusion und Diversität der Pädagogischen Hochschule Zürich vertritt sie die Integration mit voller Überzeugung. Die Integration aller Kinder sei ein grosses und wichtiges Entwicklungsprojekt im Bildungssystem. «Am Ende geht es um die Frage, wie wir als Gesellschaft mit Menschen mit Beeinträchtigungen umgehen.» Das dürfe nicht die Aufgabe einer einzelnen Lehrperson sein. Integration sei ein Projekt, um das sich Schulhäuser, Gemeinden, Kantone und der Bund gemeinsam kümmern müssten. Nur so gelinge sie.

Die Debatte über die schulische Integration erinnert an den Anfang des Sprachenstreits. Auch diese Idee, alle Kinder möglichst früh eine zweite Landessprache zu lehren, ist im Grundsatz unbestritten. Der Streit entzündete sich an der Umsetzung in den Klassenzimmern. Die Sorgen der Lehrer und Eltern gärten so lange, bis sich die Politik einschaltete. Das Ergebnis: Volksinitiativen und Abstimmungskämpfe sorgen derzeit für verhärtete Fronten. Die Forderungen der Lehrer und politische Vorstösse zur Integration deuten darauf hin, dass der nächste grosse Streit droht.

Die Zürcher Regierungsrätin und Bildungsdirektorin Silvia Steiner will allerdings von einer solchen Lesart nichts wissen. Die Integration sei ein «Dauerthema», keine Revolution. Pauschale Kritik weist Steiner aber zurück: «Eine Lehrperson mit schwierigen Kindern in einer Klasse nimmt immer eine Einzelfallbeurteilung vor. Doch wenn wir das ganze System analysieren, kommen wir zum Schluss, dass sich die Integration gesamtheitlich lohnt», sagt sie. Sie nehme die Lehrer ernst, sie wolle jedoch nicht das System auf den Kopf stellen. «Es gibt Verbesserungsmöglichkeiten, aber es gibt keinen Weg zurück zur Separation. Wir müssen die Schwachstellen verbessern.»

Keine Separation, das gilt auch für Tobias aus Zürich. Sein lärmiges Verhalten war für die Lehrerinnen und die anderen Kinder untragbar geworden. Um ihn in der Klasse zu halten, wählte man eine medizinische Lösung. Tobias nimmt heute Ritalin.

„Ich werde keinem Kind mehr gerecht“

Frankfurter Allgemeine vom 13.2.2017, Gesellschaft

Misstände im Klassenzimmer

Die Lehrer schlagen Alarm: Inklusion, Flüchtlingskinder, Apathie – guter Unterricht sei kaum noch möglich. Und die Klassen würden nicht ausreichend unterstützt. Eine Betroffene erzählt.

Ich bin seit 15 Jahren Lehrerin, aber wenn ich gewusst hätte, dass der Unterricht irgendwann mal so aussieht wie jetzt, hätte ich einen anderen Beruf gewählt. Ich unterrichte an einer ganz normalen Grundschule in Frankfurt. Eine durchschnittliche Klasse sieht heute so aus: Von 25 Kindern können ein Drittel nicht richtig Deutsch sprechen, etwa acht Kinder sind verhaltensauffällig, dazu kommen hochbegabte Kinder, traumatisierte Flüchtlingskinder und noch ein Inklusionskind, das besonderer Förderung bedarf. Auf der Strecke bleiben die paar normalen, unauffälligen, lernbegierigen Kinder, die einfach mitlaufen, weil man als Lehrerin keine Zeit für sie hat.

Inklusion ist eigentlich eine gute Sache, aber nicht unter diesen Bedingungen. Es gibt Kinder, da lohnt es sich sehr, sie in der Regelschule zu integrieren, aber bei vielen Kindern ist das nicht möglich. Manche Inklusionskinder treten den Lehrer, kratzen andere Kinder blutig und überschreiten permanent Grenzen. Wenn man als Lehrerin Glück hat, bekommt

dieses Kind einen Inklusionshelfer, der hilft ihm bei den Aufgaben und passt darauf auf, dass das Kind sich nicht aus dem Fenster stürzt oder auf dem Schulhof nicht verprügelt wird, aber du als Klassenlehrerin musst den Unterricht vorbereiten und auf die speziellen Lernbedürfnisse dieses Kindes eingehen. In unserer Schule gibt es zwei Förderlehrer, die nehmen die Kinder ein oder zwei Mal in der Woche aus dem Unterricht raus und machen mit ihm gesondert Aufgaben. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. In der restlichen Zeit ist man wieder auf sich alleine gestellt und muss permanent auf die Kinder eingehen, damit sie den Vormittag überstehen.

Inklusionskind bedeutet mehr Arbeit

Manche Eltern wollen auch nicht wahr haben, dass mit ihrem Kind etwas nicht stimmt. Wir haben an der Schule zum Beispiel ein sehr schwieriges Kind, das gleich nach der Einschulung auffällig wurde, die Eltern aber sagten, im Kindergarten sei davon nichts zu merken gewesen. Das Kind macht keinen Schritt selbst, kann nicht alleine sein Mäppchen auspacken, die Frühstücksdose aus dem Ranzen holen, es vergisst zwischendurch, wo die Toilette ist. Das Kind ist faktisch nicht beschulbar, aber du darfst es in den ersten beiden Schuljahren nicht offiziell überprüfen lassen.

Heute ist dieses Kind im vierten Schuljahr und muss auf dem Würfel immer noch die einzelnen Augen nachzählen, während schon Kindergartenkinder die Zahlen eines Würfels als Gesamtbild erkennen können. Mittlerweile hat das Kind den Inklusionsstatus. Aber das war ein Kampf. Ich kann Lehrer verstehen, die in so einem Fall sagen: Bevor ich mir den ganzen Papierkrieg antue, Förderpläne schreibe, dauernd runde Tische mit Psychologen und Förderausschüssen habe, lasse ich das Kind einfach mitlaufen und Mandalas ausmalen, bis es sitzen bleibt. Das ist total ungerecht, aber ich kann es verstehen.

Ein Inklusionskind bedeutet einen Haufen mehr an Arbeit. Du koordinierst dauernd mit dem Inklusionshelfer, du koordinierst mit den Nachmittagseinrichtungen, mit dem Hort, mit dem Sportverein, je nach deinem Engagement, du hast immer wieder runde Tische mit Förderlehrern und triffst dauernd die Eltern.

Förderschulen sind bessere Alternativen

Wir haben an der Schule ein Kind mit Asperger-Syndrom, das bekommt nicht viel mit im Unterricht und kann einen ganzen Vormittag in der Gruppe kaum aushalten. Die Eltern sagen dazu nur, dass die Lehrerin sich eben fortbilden müsse, dabei wäre das Kind in einer anderen Schulform besser aufgehoben und könnte viel professioneller gefördert werden. Die Eltern denken, sie ermöglichen ihrem behinderten Kind in der Regelschule ein normales Leben, aber es ist gar nicht normal für die Kinder. Sie haben von Anfang an in der Klasse eine besondere Rolle und werden auf einen Thron gehoben, weil die Lehrerin sich am meisten um dieses Kind kümmert.

Man kann auch nicht davon ausgehen, dass die I-Kinder, wie die Inklusionskinder genannt werden, automatisch zu den Geburtstagen oder zum Spielen am Nachmittag eingeladen werden, jedenfalls jene, die am Vormittag für die gesamte Klasse nicht leicht erträglich sind. In den Förderschulen würde es den Kindern meiner Meinung nach besser gehen, sie wären weniger isoliert und würden in kleineren Klassen besser gefördert.

Als ich vor 15 Jahren als Lehrerin angefangen habe, gab es an manchen Schulen in Frankfurt den sogenannten Gemeinsamen Unterricht. Das waren Klassen mit nicht mehr als 21 Kindern, in denen es drei Inklusionskinder gab und die von einer Lehrerin und einer Förderschullehrerin gemeinsam unterrichtet wurden. Das war ein gutes Modell, das aber offenbar zu teuer war, denn es wurde wieder abgeschafft.

Traumatisierte Flüchtlingskinder

Das schlimme ist, du bist als Klassenlehrerin gezwungen, taktisch zu denken. Bei den Lernhilfe-Kindern und sozial emotionalen und praktisch-bildbaren Kindern ist die Grau-Zone riesig und weitläufig interpretierbar. Je nach Kapazität muss man sich dann entscheiden: Kämpfe ich zwei Jahre um einen inklusiven Status für ein Kind? Dann kommt, wenn ich Glück habe, einmal in der Woche ein Förderschullehrer. Oder habe ich mehr davon, wenn das Kind keinen inklusiven Status bekommt? Dann kriege ich wenigstens einen unausgebildeten I-Helfer, der jeden Tag im Unterricht mit dabei ist. Oder ist es schlauer, wenn ich bei einem Kind auf Lernhilfe plädiere und nicht darauf, dass es emotional soziale Schwierigkeiten hat, weil ich diesem Fall gar keine Unterstützung bekommen würde? Das alles muss man abwägen, aber das wird natürlich nicht immer dem Kind nicht gerecht.

In unserer Gesamtkonferenz, die alle zwei Wochen stattfindet, reden wir nur noch über Inklusion, über die Probleme damit, über neue Paragraphen oder rechtliche Grundlagen. Dann denke ich mir jedes Mal: Warum eigentlich? Ich bin doch keine Förderschullehrerin. Und außerdem haben wir genug andere Probleme an der Schule, über die man reden müsste.

Im vergangenen Jahr war in meiner Klasse ein Flüchtlingskind, das war traumatisiert und hat nur gebrüllt. Es ging dann erst einmal darum, dem Kind ein gutes Gefühl in der Klasse zu geben. Anfangs saß es nur in der Spielecke, nach einem dreiviertel Jahr hat es angefangen, ein bisschen die Sprache zu lernen und körperliche Berührung zuzulassen. Irgendwann hat es sich das erste Mal auf meinen Schoß gesetzt, da sind mir die Tränen runtergelaufen. Ich habe ein dreiviertel Jahr in das Kind investiert, habe einen Übersetzer organisiert, den ich im Unterricht anrufen konnte. Ich habe die Eltern mit ins Boot geholt, die haben irgendwann Vertrauen gewonnen, es lief gut – und dann war das Kind nach den Sommerferien auf einmal weg. Weiter gezogen, vermutlich ins nächste Flüchtlingsheim. Aber das erfährst du als Klassenlehrerin nicht. Ich fürchte, wenn das nächste Flüchtlingskind kommt, werde ich emotional nicht mehr so viel investieren.

Viele Kinder sind vernachlässigt

Viele Kinder sind auch einfach nur vernachlässigt. Wir haben in unserer Schule einige Erstklässler, die stehen alleine auf, die bekommen kein Frühstück mit in die Schule, die Mütter, oft alleinerziehend, haben Spätschichten und kriegen es nicht auf die Reihe. Viele Erstklässler sind jeden Tag bis 17 Uhr in der Betreuung und gehen dann alleine nach Hause. Es gibt viele Familien, da kümmert sich keiner. Auch bei den Wohlstandskindern. Die haben materiell gesehen alles, aber trotzdem hört ihnen zuhause keiner zu, weil die Eltern beide arbeiten und das Au-Pair-Mädchen überfordert ist. Die drehen dann morgens in der Schule richtig auf. Wenn man einem dieser Kindern dann ins Zeugnis schreibt: „Ihr Kind hält sich nicht immer an die Regeln“, droht der Vater sofort mit einer Klage.

Der Erziehungsauftrag in der Schule wird immer größer. Ich habe auch schon Kinder nach Hause geschickt, weil sie den Unterricht komplett boykottierten, und dann die Eltern angerufen, um ihnen das zu sagen. Da bekomme ich schon mal die Antwort: „Sie müssen das aber hinkriegen. Erziehen Sie doch mein Kind. Sie sehen es schließlich öfter als ich.“ Viele Eltern lassen ihren Kindern alles durchgehen und dem Kind wird suggeriert, dass die Lehrerin nicht genug Rücksicht auf seine Bedürfnisse genommen hätte. Dabei sind das manchmal Kinder, die aus bürgerlichen Elternhäusern stammen, aber „Fotze“ zu mir sagen. Ein Fall für den Schulpsychologen? Fehlanzeige! Der muss mehrere Schulen betreuen und hat den nächsten freien Termin erst in drei Monaten.

Hinten runter fallen oft die Kinder, die unauffällig sind. Ich versuche als Lehrerin, die Guten besonders hervorzuheben und viel zu loben, und ich ignoriere jene, die permanent stören.

Oder ich schmeiße sie raus, weil ich finde, dass die anderen auch ein Recht auf Ansprache habe. Für die muss ich auch da sein.

Nicht unter diesen Bedingungen

Nebenbei sind wir noch in mindestens fünf Arbeitskreisen, schreiben dauernd Förderpläne auch für die normalen Kinder, organisieren Schulfeste, Sportfeste, Bundesjugendspiele, Faschingsfeste, Herbstfeste, Weihnachtsfeiern, Projektwochen, Lesenächte, Klassenfahrten und ein AG-Angebot für den Nachmittag. Und alles, was wir machen, jede Entscheidung, wird dann wieder auf den Prüfstand gestellt. Wir evaluieren ständig alles und dauernd, unser Schulprogramm, Curriculae in allen Fächern, Schulbücher, Didaktik-Vorgaben, Klassenarbeiten und sonst irgendwelche Beschlüsse.

Heute würde ich keine Grundschullehrerin mehr werden, weil ich den Kindern nicht mehr gerecht werde. Mir macht die Arbeit Spaß, aber nicht unter diesen Bedingungen. Ich bin Lehrerin und will altersgerecht Inhalte vermitteln, aber das tritt immer mehr in den Hintergrund. Wir alle haben uns bewusst gegen das Lehramt an Förderschulen entschieden, obwohl wir mehr Stunden haben und weniger Geld verdienen. Jetzt machen wir den Job für beide Lehrämter – bei gleichem Deputat.

Ich finde es auch unwürdig, dass wir alles glatt bügeln und die Steine aus dem Weg räumen, immer den Kindern zuliebe. Denn irgendwie versucht man alles immer hinzukriegen, weil man eine moralische Verantwortung hat, aber eigentlich ist es eine große Lüge. Ich arbeite mehr als doppelt so viele Stunden, als ich bezahlt bekomme. Wir haben an unserer Schule auch einen hohen Krankenstand, vermutlich weil man es gar nicht anders aushält.

Aufgezeichnet von Anke Schipp

Mehr attraktive Geschichtsstunden

Zürcher Oberländer 19. April 2017, Leserforum

Leserbrief zu «Soll in den Schulen mehr Schweizer Geschichte vermittelt werden?» Ausgabe vom 5. April

Schweizer Geschichte kann unerhört spannend sein. Wenn relevante Themen ausgewählt werden, lassen sich Kinder und Jugendliche von einem lebendigen, narrativen Geschichtsunterricht begeistern. Sie wollen das geschichtliche Geschehen in geschilderten Bildern und dramatischen Verstrickungen erleben. Dabei geht es um Einblicke in das Schicksal von Völkern wie auch des einzelnen Menschen.

Trend in andere Richtung

Doch in der Fachdidaktik geht der Trend in eine andere Richtung. Die Kunst des spannenden Erzählens ist in den Hintergrund gerückt. Man glaubt vielmehr, die Jugendlichen mit unzähligen geschichtlichen Analysen und Fragen sensibilisieren zu können. Wird dieser Weg beschritten, benötigt man sehr viel wertvolle Lernzeit und erreicht nur einen kleinen Teil der Jugendlichen.

Guter Geschichtsunterricht schafft Verständnis für den Zeitgeist einer Epoche. Dies gilt auch für die jüngste Vergangenheit. Die Zeit kurz vor und während des Zweiten Weltkriegs bietet attraktiven Stoff, um die Situation eines Kleinstaats im Ring feindlicher Grossmächte schildern zu können. Die Abgrenzung gegenüber dem Nazitum, der Wille unserer Bevölkerung zum Überleben und die Reduitstrategie von General Guisan stossen bei

Jugendlichen auf grosses Interesse. Kritische Fragen zur restriktiven Flüchtlingspolitik oder zu unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Achsenmächten sind dabei ebenso anzusprechen wie die täglichen Leistungen der Frauen und Männer während der Kriegsjahre. Selbstverständlich hört die Schweizer Geschichte nicht schon 1945 auf. Das Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre, der Kampf ums Frauenstimmrecht sowie Einblicke in die Konstellation des Kalten Kriegs sind Bausteine einer modernen Geschichte.

Stoffauswahl: nicht einfach

Die Stoffauswahl für die verschiedenen Stufen ist eine grosse Herausforderung. Der neue Lehrplan bietet alles an, aber das wirklich Verbindliche ist in der Fülle der Möglichkeiten kaum noch auszumachen. Der Erwerb von Kompetenzen steht dabei im Vordergrund. Aber was soll eine Schweizer Geschichte, wenn nicht zentrale Inhalte unseres schweizerischen Wegs verbindlicher Schulstoff sind?

Mehr Geschichte nötig

Lebendiger Geschichtsunterricht ist themenbezogener Deutschunterricht und enorm sprachfördernd, wenn das Erzählerische im Zentrum steht. Das aktuelle Streichen von Geschichtsstunden als Folge des überladenen Lehrplans reduziert den wichtigen angewandten Deutschunterricht. Die Schule braucht nicht weniger, sondern mehr Geschichts- und andere Realienstunden, wenn die Deutschkompetenzen der Schüler umfassend gefördert werden sollen. Aber auch die Lehrerbildung muss ihren Teil beitragen, indem sie die Fachdidaktik im Bereich von Mensch und Umwelt praxisnäher ausrichtet.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Sparen bei der Bildung: ein Muss

Régis Ecklin

Der Bildungsbereich muss seinen Anteil am Sparprogramm des Bundes leisten. 555 Mio. Franken sollen bis 2019 gespart werden. Das ist dringend nötig: In der Bildung gibt es nämlich nicht nur grosses Sparpotenzial, sondern auch grossen Sparbedarf.

Die Fahnen der Bildungsinstitutionen wehten auf Halbmast, nachdem der Bund im Oktober 2015 die Ausgabenbremse öffentlich bekanntgegeben hatte. Studenten und Schüler, die die ausserschulische Realität nur vom Hörensagen kennen, gehen seither regelmässig auf die Strasse, um ihre Angst vor dem Bildungsabbau möglichst medienwirksam kundzutun. Wenn in der Politik von Sparen die Rede ist, bedeutet das aber lediglich, dass die Ausgaben weniger steigen als geplant. Die Ausgaben aller Bildungsstufen zusammengerechnet sind seit 2000 von 22'616 Millionen Franken auf 35'979 Millionen angestiegen. Und sie steigen weiter. Von Minderausgaben ist man weit entfernt. Dennoch gingen die Steuerempfänger kürzlich wieder auf die Strasse, um die Steuerzahler zu mehr Solidarität zu erziehen. Unsere Schüler und Studenten gehören zu den finanziell gesegnetsten weltweit – aber lange nicht zu den sachkundigsten.

Man sät Geld, ohne einen Mehrwert zu ernten

Einschlägige BildungsökonomInnen sind sich einig, dass es keinen Zusammenhang zwischen Geld und schulischer Leistung gibt. Weder im internationalen Vergleich noch innerhalb der Kantone geht die Gleichung «mehr Ressourcen = bessere Bildung» auf.

In kaum einer Branche wird so ineffizient mit Geld umgegangen wie in der Bildung. Wenn es darum geht, Geld in die Bildung zu pumpen, stehen Politiker sowie Bildungserklärer und Bildungsverkärer geschlossen an vorderster Front. Will man jedoch den Output der Investition analysieren, verschwinden die Umverteilungsintendanten. Das Grundproblem liegt darin, dass die finanziellen Mehrausgaben nicht an Leistungen gekoppelt sind. Sie werden einfach getätigt. Unhinterfragt.

Unseriöse Experimente in der Volksschule

Während im Jahr 2000 noch 10'837 Millionen CHF für die obligatorische Schule ausgegeben wurden, waren es 2014 bereits 15'834 Millionen (+43%). Dieses Ausgabenwachstum steht in eklatantem Missverhältnis zur Gesamtmenge der Schüler, die in der gleichen Zeitspanne von 957'154 auf 920'958 gesunken ist. In der Volksschule beträgt die durchschnittliche Klassengrösse heute komfortable 19 Schüler. Der Bildungsforscher Stephan Wolter hat nachgewiesen, dass man bereits 500 Millionen Franken sparen könnte, wenn jede Klasse einen Kopf mehr zählen würde.

Trotz massiv zunehmenden finanziellen Mitteln bei sinkenden Schülerzahlen ist auch das Schulniveau nicht gestiegen. Ganz im Gegenteil: Eltern, Lehrmeister und Hochschulen beklagen seit Jahren den sinkenden Bildungsstand der Schweizer Volksschule. Lehrbetriebe verlangen bei Bewerbungen immer öfter externe, von privaten Instituten durchgeführte Prüfungsergebnisse, weil Schulabschlüsse und -noten nicht mehr aussagekräftig sind. Zu intransparent und leichtfertig wird das im Überschuss vorhandene Geld in Lernlandschaften und Projekte wie alters- und niveaudurchmischten Unterricht oder notenfreie Beurteilung investiert, deren Mehrwert gegenüber traditionellen Modellen noch nie empirisch nachgewiesen wurde. Zudem behandelt man in der Volksschule Themen wie «Nachhaltigkeit» und «Sozialkompetenz» eingehender als die Grundfertigkeiten Lesen und Schreiben. Nach der neuesten Pisa-Studie ist jeder fünfte Schulabgänger nach neun Jahren ein funktionaler Analphabet, was für ein Rolls-Royce-Schulsystem wie das unsere eine Schande ist. Dass Privatschulen wie Pilze aus dem Boden schießen, ist nur logisch.

Das integrative Schulmodell, das immer mehr Schüler mit Behinderungen, Sprachproblemen oder ungenügenden Deutschkenntnissen in die Regelklasse integriert, ist zweifellos mitschuldig am sinkenden Bildungsstand. Die schwachen Schüler kommen nicht nach, die starken sind permanent unterfordert. Dieses Modell, das zudem zahlreichen Psychologen, Logopäden, Betreuern, Heilpädagogen, Schulsozialarbeitern und Klassenassistenten eine Existenzberechtigung verleiht, schlug 2015 mit 1'923 Millionen Franken zu Buche, was eine Verdoppelung gegenüber den Ausgaben von 2000 darstellt. Um diese Stellen zu sichern, werden heute bereits 24'000 Schüler zu Sonderschülern erklärt, was 10'000 mehr sind als noch vor 10 Jahren. Hier muss dringend der Rotstift angesetzt werden.

Ineffizienz im Hochschulbereich

Die Politik ist der undifferenzierten Auffassung, jeder in die Bildung investierte Franken sei gut angelegt. Dabei beweist gerade die Bildung, dass Geld unüberlegter ausgegeben wird, je mehr davon vorhanden ist: Die Pädagogischen Hochschulen haben 2015 814 Millionen Franken erhalten, was gegenüber 2005 mit 418 Millionen einer knappen Verdoppelung entspricht. Mit diesem Geld werden Module wie «Kinderzimmer-Jugendzimmer» und «Schöne, bunte, laute Medienwelt» finanziert. Der Steuerzahler berappt damit auch Forschungsprojekte der PH, die «Gesundheitsrelevante Wirkungen der Waldpädagogik» oder «Tochtertag 2007» heissen. In letzterem wollte man den «Wissensstand 11-13-jähriger Kinder in Bezug auf die geschlechtsspezifische Berufswahl und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie» diagnostizieren. Hätte man weniger Geld zur Verfügung, würde sichergestellt, dass nur noch Arbeiten publiziert werden können, die den Namen

Wissenschaft verdienen.

Auch die Schweizer Universitäten wurden vergoldet und kosten den Steuerzahler jährlich 7'841 Millionen Franken. Das ist gegenüber 2000 mit 4'119 Millionen eine Zunahme um 90%. Dabei ist die Effizienz weit weg vom Goldstandard. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Studiengänge «Gender Studies» und «Rumänische Sprach- und Literaturwissenschaften» dürfte sich beispielsweise in Grenzen halten. Auch vor Ideologie tiefende Ethik-, Diversity- und Gleichstellungsbüros, die an Hochschulen und Universitäten ganze Pensen vergeben, sollten dem Sparhammer zum Opfer fallen.

Fazit

Die Angst vor Bildungsabbau ist unbegründet. Geklagt wird rein rituell. Geld und Bildung stehen in keinem proportionalen Verhältnis zu einander. Die Ausgaben wuchern seit Jahren aus, ohne einen Mehrwert zu generieren. In der Bildung ist nämlich nicht zu wenig Geld vorhanden, sondern zu viel. Dadurch entsteht Reibungsverlust: Die Schulen werden ineffizient, verprassen Geld für ihre Therapie-Industrie sowie Projekte, deren Nutzen wissenschaftlich nicht abgestützt ist. Pädagogische Hochschulen verschleudern ihre Mittel für Forschung, die nie einem Schüler zugutekommt, sondern nur der Selbstverwirklichung von Bildungsbeamten dient. Die Theorie steht längst nicht mehr im Dienste der Praxis, sondern die Praxis steht mittlerweile im Dienste der Theorie. Das beweist auch der Vorschlag diverser Dozenten, die von ihrem Professorensalon der Selbstzufriedenheit aus einen Masterabschluss für Kindergärtner fordern. Auch Schweizer Universitäten, die bald mehr Schwafelwissenschaften als harte Materie anbieten, müssen ihren akademischen Kompass dringend richten. Das ist nur möglich, wenn man ihnen die Pfründe kürzt.

Die Bildung muss lernen, ökonomisch zu denken. Momentan zitieren Schüler und Studenten, die noch keinen Rappen Steuern gezahlt haben, bereits beim ersten Sparvorschlag John F. Kennedys «Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung». Dabei sollten sie sich das viel bekanntere Zitat des Marineoffiziers zu Gemüte führen: «Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst.»

28. 5. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598